

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 22.09.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 20. Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr
am Dienstag, dem 16.09.2008,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:02 - 20:15 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Dorothe Küster **Ausschussvorsitzende**
Frau Karen-Heide Bernard
Herr Dr. Johannes Dittrich
Herr Michael Oswald
Frau Ute Wernert-Jahn

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof
Frau Eva Janzen
Frau Renate Schlotmann
Herr Andreas Walldorf (ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Außerdem:

Herr Johannes Zippel FW-Fraktion

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	(bis 19:45 Uhr)
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Dr. Holger Hölscher	Stellv. Leiter des Stadtplanungsamtes	(bis 20:00 Uhr)
Herr Peter Ravizza	Stellv. Leiter des Tiefbauamtes	(bis 20:00 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter
-------------------	------------

Entschuldigt:

Herr Michael Beltz	Die Linke.Fraktion
--------------------	--------------------

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich bittet, die Behandlung der beiden Tagesordnungspunkte zur Lokalen Agenda 21, STV/1880/2008 und STV/1881/2008, vorzuziehen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, Beantragt, dass Stadtrat Rausch eine Information über die strittige Forderung des Landkreises Gießen hinsichtlich der Abfallgebühren gibt.

Es entsteht Einvernehmen, dass die Information unter TOP „Verschiedenes“ gegeben wird.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, spricht sich dafür aus, den Antrag „Gespräche Expo Real“, STV/1912/2008, im PBUV-Ausschuss nicht zu behandeln, da er inhaltlich in den HFWR-Ausschuss gehöre und auch dort auf der Tagesordnung stehe.

Nach kurzer Aussprache, an der sich die Stv. Zippel, Dr. Deetjen und Bellof beteiligen, erklärt sich **Stv. Zippel** für die antragstellende FW-Fraktion damit einverstanden, die Behandlung des Antrags „Gespräche Expo Real“ an den HFWR-Ausschuss zu verweisen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Sie wird in der nachfolgenden Form genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
- 1.1. Bürgerfrage gem. § 31 GO des Herrn Walter Beilken vom 05.09.2008 - Freigabe des Berliner Platzes für den Verkehr - ANF/1919/2008
2. Lokale Agenda 21 der Stadt Gießen; Naturerfahrungsraum für Kinder und Jugendliche in der Gießener Weststadt - Antrag des Magistrats vom 26.08.2008 - STV/1880/2008
3. Lokale Agenda 21 der Stadt Gießen; Naturnahe Umgestaltung einer Teilfläche des städtischen Grundstückes an der Wieseck gegenüber dem Rathaus - Antrag des Magistrats vom 26.08.2008 - STV/1881/2008
4. Erste Planungen zur Philosophenstraße und dem begleitenden Fuß- und Radweg; **hier:** Vorstellung durch den Magistrat
- 4.1. Berichtsantrag zur Sanierung der Philosophenstraße - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 08.09.2008 - STV/1903/2008
5. Bebauungsplan GI 03 / 11 "Professoreneck-Mitte"; **hier:** Annahmebeschluss und Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes - Antrag des Magistrats vom 01.09.2008 - STV/1863/2008
6. Berichtsantrag zum geplanten Kinocenter am Berliner Platz - Antrag der FW-Fraktion vom 06.09.2008 - STV/1901/2008
7. Gelbe Tonnen - Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008 - STV/1908/2008
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. **Bürger/-innenfragestunde**

**1.1. Bürgerfrage gem. § 31 GO des Herrn Walter Beilken vom ANF/1919/2008
05.09.2008 - Freigabe des Berliner Platzes für den
Verkehr -**

Anfrage:

„Über Monate war klar, dass die Freigabe des Berliner Platzes am 09./10. August erfolgen sollte. Am Mittwoch den 06. August wurde in der Zeitung berichtet, dass sich die Freigabe um zwei bis drei Wochen verzögere, da die Pflasterarbeiten vor dem neuen Stadthaus noch nicht fertig seien. Am Donnerstag, 28.08.2008 gab der Magistrat bekannt, dass sich die Freigabe weiter verzögern würde, da an der Brücke Schäden entstanden seien, die zunächst beseitigt werden müssten. Herr Rausch ließ verlauten, dass spätestens bis zum Semesterbeginn Mitte Oktober mit einer Freigabe des Berliner Platzes für den Verkehr zu rechnen sei.

1. *Seit wann sind die Bauschäden an der Brücke am Berliner Platz bekannt?*
2. *Ist die Brücke am Berliner Platz nur einseitig (auf einer Fahrbahnseite) beschädigt, da die Brücke einseitig bereits renoviert ist?*
3. *Welchen Grund gibt es dafür, dass die Pflasterarbeiten vor dem Stadthaus immer noch nicht abgeschlossen sind?*
4. *Trifft es zu, dass die Buswartehäuschen o. ä. für den ÖPNV am Berliner Platz noch nicht ausgeschrieben sind?*
5. *Wird der angekündigte Termin für die Freigabe des Verkehrs auf dem Berliner Platz Mitte Oktober eingehalten?*

Stadtrat Rausch antwortet:

Zu Frage 1: *„Seit Ende Juli / Anfang August.“*

Zu Frage 2: *„Die Beschädigung der Brücke ist nur einseitig, und zwar Richtung stadtauswärts.“*

Zu Frage 3: *„Die Pflasterarbeiten sind abgeschlossen.“*

Zu Frage 4: *„Für die Buswartehäuschen sind alle Leistungsphasen vergeben.“*

Zu Frage 5: *„Wenn nichts Unvorhergesehenes geschieht, wird der Termin eingehalten.“*

Stadtrat Rausch sagt auch eine schriftliche Beantwortung zu.

**2. Lokale Agenda 21 der Stadt Gießen; Naturerfahrungs- STV/1880/2008
raum für Kinder und Jugendliche in der Gießener
Weststadt
- Antrag des Magistrats vom 26.08.2008 -**

Antrag:

„In der Gießener Weststadt wird auf der städtischen Fläche im Grünzug zwischen Krofdorfer Straße und Altem Krofdorfer Weg (Gemarkung Gießen, Flur 29, Flurstücke 7/1 und 7/2) ein Naturerfahrungsraum für Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil eingerichtet. Die endgültige Gestaltung wird unter Beteiligung insbesondere von Kindern und Jugendlichen sowie der Lokalen Agenda 21-Gruppe ‚Natur- und Umweltschutz‘ geplant.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Bürgermeisterin Weigel-Greilich und die Stadtverordneten Janzen, Bellof und Janitzki.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. Lokale Agenda 21 der Stadt Gießen; Naturnahe Umgestaltung einer Teilfläche des städtischen Grundstückes an der Wieseck gegenüber dem Rathaus **STV/1881/2008**

Antrag:

„Das Ufer des städtischen Grundstückes (Gemarkung Gießen, Flur 1, Flurstück 100/1) gegenüber dem neuen Rathaus wird naturnah, landschaftsgärtnerisch umgestaltet. Dazu wird ein Teil des Parkplatzes mitgenutzt.“

Dieser Beschluss wird als Vorschlag in den Wettbewerb zur Landesgartenschau 2014 eingebracht.“

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, präzisiert den Antrag zu folgendem Wortlaut:

„Der Wunsch der Lokalen Agenda 21 bzw. des Agenda-Rates, das Ufer des städtischen Grundstückes (Gemarkung Gießen, Flur 1, Flurstück 100/1) gegenüber dem neuen Rathaus naturnah und landschaftsgärtnerisch umzugestalten und dazu einen Teil des Parkplatzes mit zu benutzen, wird als Vorschlag in den Wettbewerb zur Landesgartenschau 2014 eingebracht.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich übernimmt für den Magistrat die Änderung.

Auf Frage der **Stv. Janzen**, SPD-Fraktion, bejaht **Bürgermeisterin Weigel-Greilich**, dass die für die Maßnahme notwendige Fläche in städtischem Besitz sei.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

4. **Erste Planungen zur Philosophenstraße und dem begleitenden Fuß- und Radweg hier: Vorstellung durch den Magistrat**

Nach einer Einführung durch **Stadtrat Rausch** stellt **Herr Ravizza**, stellv. Leiter des Tiefbauamtes, die Vorplanungen zur Philosophenstraße vor. Geplant wurden zwei Varianten, einmal den kombinierten Rad-/Fußweg auf der östlichen Seite und einmal auf der westlichen Seite der Straße. Hinsichtlich der Straße habe sich mittels Untersuchungen ergeben, dass eine Erneuerung mit relativ einfachen Mitteln möglich und eine grundhafte Erneuerung nicht notwendig sei. Die voraussichtlichen Kosten werden je nach Variante mit 390.000 € bzw. 460.000 € angegeben.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, begrüßt die Planungen und bittet, sie auch im Ortsbeirat Wieseck vorzustellen.

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, weist daraufhin, dass die Planungen laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung spätestens bis zum 30.06.2008 hätten vorgestellt werden müssen, und dass in dem Beschluss von einer grundhaften Sanierung der Straße die Rede sei. Weiterhin kritisiert er, dass durch den geplanten Rad-/Fußweg Gelände verloren gehe.

Stadtrat Rausch erwidert, dass eine grundhafte Erneuerung nicht notwendig, aber wesentlich teurer sei. Den Rad-/Fußweg könne man schwerlich in die Luft bauen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich ergänzt, dass der zusätzliche Flächenverbrauch minimal sei. Der Ausbau des Radwegenetzes sei auch im Hinblick auf die Landesgartenschau wichtig. Auf Parkplätze oder sonstige geschotterte Flächen werde in dem sensiblen Bereich verzichtet.

Auch die **Stadtverordneten Oswald** und **Bellof** sprechen sich nachdrücklich für den Bau des Rad-/Fußweges aus.

Stv. Janitzki, Linke-Fraktion, befürchtet, dass die Philosophenstraße eine Rennstrecke werden könne und regt deshalb an, über Bodenschwellen in diesem Bereich nachzudenken. Er fügt hinzu, die Philosophenstraße sei nach dem Hessischen Straßengesetz keine öffentliche Straße.

Stadtrat Rausch widerspricht der letztgenannten Aussage mit folgenden Worten (Stv. Janitzki bittet um wörtliche Protokollierung dieser Darlegung): *„Ich möchte dem Ausschuss nur zur Kenntnis geben, dass Halbwissen noch kein Wissen ist. Denn das Straßengesetz, das festlegt, was öffentliche Straßen sind, ist verändert worden. Alles, was Bestand war und öffentlich genutzt worden ist, ist weiterhin zur öffentlichen Straße*

erklärt worden qua gesetzlicher Regelungen beziehungsweise durch Übernahme. Und das heißt auch, der Philosophenstraßen-Weg, oder was immer Sie sich jetzt da ausdenken, ist eine öffentliche Straße. Sie wird öffentlich genutzt. Die Stadt Gießen kann straßenrechtliche Anordnungen treffen. Es steht keineswegs im Zweifel, nicht dass das irgendwo stehen bleibt, das wäre keine öffentliche Straße. Wir sind auch unterhaltsverpflichtet dafür. Und dass es kein Feldweg ist, jedenfalls der Status ist noch nicht ganz erreicht von den Schlaglöchern her, das dürfte auch klar sein."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4.1. Berichtsantrag zur Sanierung der Philosophenstraße STV/1903/2008
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 08.09.2008 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 13. 12. 2007 den Magistrat beauftragt, die grundhafte Sanierung der Philosophenstraße zwischen Ursulum und Ortseingang Wieseck einzuleiten. (DS 1365/07)

Zuvor sollte geprüft werden, ob und wie in Zusammenhang mit der Sanierung ein Rad- und Fußweg und eine Querungshilfe für Fußgänger geschaffen werden kann. Das Ergebnis dieser Prüfung sollte der Stadtverordnetenversammlung vor Genehmigung der Ausbauplanung, spätestens aber bis zum 30. Juni 2008 vorgelegt werden.

Dies ist bis heute nicht geschehen. Vor diesem Hintergrund beantrage ich, dass der Magistrat berichtet:

1. Sieht sich der Magistrat nicht verpflichtet, die Stadtverordneten zu informieren, wenn er die Frist eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung nicht einhalten kann?
2. Woran liegt es, dass der Magistrat die Frist nicht eingehalten hat?
3. Liegt das Ergebnis der Prüfung Rad- und Fußweg und Querungshilfe vor bzw. wann wird es ungefähr vorliegen?
4. Beabsichtigt der Magistrat die grundhafte Sanierung der Philosophenstraße zwischen Ursulum und Ortseingang Wieseck noch in diesem Jahr einzuleiten?“

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, sieht die Fragen - bis auf die erste - im Wesentlichen beantwortet.

Stadtrat Rausch erklärt zur ersten Frage, der zeitliche Rahmen sei zu eng gewesen, insbesondere im Hinblick darauf, dass die erforderlichen Haushaltsmittel erst einmal zur Verfügung stehen mussten und das dann beauftragte Planungsbüro zur Erstellung der Planungen genügend Zeit benötigte.

Stv. Bellof, SPD-Fraktion, beantragt, den Berichtsantrag für erledigt zu erklären.

Beratungsergebnis:

Der Berichts Antrag STV/1903/2008 wird mehrheitlich für erledigt erklärt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; Nein: LINKE).

**5. Bebauungsplan GI 03 / 11 "Professoreneck-Mitte"; STV/1863/2008
hier: Annahmebeschluss und Aufstellung eines
vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 01.09.2008 -**

Antrag:

- „1. Der von der Firma HIG Immo GmbH mit Schreiben vom 13.08.08 beantragten Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (Anlage1) wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zugestimmt.
2. Für den in der Anlage 2 dargestellten Geltungsbereich mit den Flurstücken 54 Nr. 23/1, 23/2, 25/4 teilweise, 26/1 und 26/2 (Stand Januar 2008) wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB die Aufstellung eingeleitet.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß §13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. §13a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlegung und die Behördenbeteiligung ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Stadtrat Rausch erläutert die Vorlage.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Zippel, Wernert-Jahn und Dr. Deetjen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**6. Berichts Antrag zum geplanten Kinocenter am Berliner Platz STV/1901/2008
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.09.2008 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, umfassend über den geplanten Bau eines Kinocenters am Berliner Platz zu berichten. Insbesondere sollten dabei folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Wie wird die vertragliche Regelung zur Überlassung des Grundstückes am Berliner Platz aussehen, und wann kann die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage eines Städtebaulichen Vertrages rechnen?

2. Wann kann mit der Vorlage der Pläne für das Kinocenter - u. a. mit der Raumaufteilung - gerechnet werden?
3. Wie soll der Bereich zwischen dem Kinocenter und dem Rathaus gestaltet werden?
4. Sind in dem Kinocenter gastronomische Bereiche geplant, und wenn ja in Richtung Berliner Platz oder dem neuen Rathaus?“

Stv. Zippel, FW-Fraktion, trägt die Begründung des Antrags vor und ergänzt den Berichtsantrag um einen Punkt:

„5. Ist ein eventueller Gastronomiebereich so geplant - bzw. soll dies mit einem zukünftigen Betreiber so geregelt werden -, dass eine Nutzung auch für Veranstaltungen o. ä. im Rathaus möglich ist?“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Gelbe Tonnen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008 -

STV/1908/2008

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, den Kreisausschuss des Landkreises Gießen aufzufordern, in Verhandlungen mit dem Dualen System Deutschland die Voraussetzungen dafür zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass auch zukünftig gelbe Tonnen erworben werden können und geleert werden.“

Stv. Janzen, SPD-Fraktion, begründet den Antrag.

Stv. Dr. Deetjen, Fraktion B`90/Die Grünen, legt dar, dass der Kreisausschuss keine Einwirkungsmöglichkeit auf die private Gesellschaft DSD - Duales System Deutschland - habe.

Stadtrat Rausch verweist auf den einschlägigen Artikel im Gießener Anzeiger am 13.09.2008 und bittet, diesen dem Protokoll beizufügen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bellof, Walldorf, Zippel und Schlotmann.

Stadtrat Rausch gibt bekannt, dass der Magistrat zumindest an einer Teillösung hinsichtlich der Aufbewahrung der gelben Säcke arbeite. Diese Lösung sei aber noch nicht spruchreif.

Stv. Janzen stellt für die SPD-Fraktion den Antrag bis zur kommenden Stadtverordnetensitzung zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

8. Verschiedenes

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, bezieht sich auf die Zeitungsmeldungen, nach denen der Landkreis Nachforderungen an Abfallgebühren von der Stadt Gießen für die Jahre 2005 bis 2007 in Höhe von 600.000 € stellt. Er bittet Stadtrat Rausch um einen kurzen Bericht und fragt, ob diese Nachforderungen eine Rolle bei der Gebührenerhöhung in der Stadt spielten und wie Stadtrat Rausch die Begründung des Kreisabfaldezernenten für die Nachforderung - Änderungen der Einwohnerzahlen - beurteile.

Stadtrat Rausch erläutert, die Stadt habe die satzungsgemäß geforderten Gebühren gezahlt. Der Landkreis verlange ohne Rechtsgrundlage darüber hinausgehende Zahlungen. Diese verweigere die Stadt. - Die Nachforderungen hätten keinen Einfluss auf die neuere Gebührenfestsetzung gehabt. - Die Einwohnerschwankungen seien kein ausreichender Grund für die Nachforderung des Landkreises.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K ü s t e r

DERE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e